

BHM  
2328/IV.

HB 2328  
22/IV/8

# Blätter für Heimatkunde

Herausgegeben vom Historischen Verein für Steiermark

22. Jahrgang

Graz 1948

Heft 1

## Vor hundert Jahren

Die Steiermark im Jahre 1848

Von *Dr. Ferdinand Tremel*



Die Bewegung des Jahres 1848 brachte in der Steiermark keine originellen Bestrebungen an den Tag — das wurde oft genug festgestellt;<sup>1</sup> sie war ein Spiegelbild dessen, was sich in ungleich größerem Maßstabe in Wien abspielte. Trotzdem verdient die Bewegung unsere Aufmerksamkeit, zeigte sie doch die enge geistige Verbindung, die zwischen Provinz und Hauptstadt, ja auch zwischen unserem Lande und dem Westen Europas bestand, war sie doch seit dem Bauern- und Knappenaufstand vom Jahre 1525 die erste revolutionäre Volksbewegung größeren Umfanges in unserer Heimat.

Die Ursachen der Revolution von 1848 sind bekannt genug; der geistige Druck einer unfähigen Regierung verband sich mit einer durch Elementarereignisse (Mißernten) verschärften wirtschaftlichen Depression und erzeugte eine „kaum noch verborgene Unzufriedenheit zahlreicher Elemente aller Bevölkerungsklassen“.<sup>2</sup>

Der Adel, die wichtigste Stütze des alten Systems, hatte seine innere Geschlossenheit längst eingebüßt. Anton Graf Auersperg (Anastasius Grün), den man mindestens als halben Steirer ansprechen darf, ist in seinem Leben und in seinen Dichtungen ein Beweis dafür, daß jener gemäßigte Liberalismus, dessen letzte Wurzeln in der Aufklärung und im Josefinismus liegen, auch in seinen Reihen Eingang gefunden hatte.<sup>3</sup> Und im Gouverneur der Steiermark, Grafen Matthias Konstantin von Wickenburg, tritt uns eine der sympathischsten und aufgeschlossensten Naturen der Zeit entgegen.

Zwischen Hochadel und Bürgertum lag eine geistig besonders regsame Schichte, die zwar größtenteils dem niederen Adelsstand angehörte, aber in Lebensauffassung und Beruf dem Bürgertum nahestand: die zahlreichen Vertreter der hohen Bürokratie und des Offiziersstandes, dazu Rechtsanwälte, Ärzte und Professoren, aber auch Gutsbesitzer und vereinzelt sogar Kaufleute und Fabrikanten. Für sie vor allem gilt, daß sie „in oft widerspruchsvoll scheinender Verbindung von Konservatismus, Loyali-

tät und Opposition, von traditioneller Religiosität und sanftem Freisinn“<sup>4</sup> eine eigenartige, aber ungewöhnlich hohe Kultur entwickelt hatten, die in Musik und Dichtkunst weit über das provinzielle Maß hinausreichte. Diese Kreise, die die ersten Wortführer der Revolution wurden, wurden nicht aus wirtschaftlicher Not in Opposition gedrängt, sie empfanden die Ausschaltung von allen Angelegenheiten des öffentlichen Lebens, den Mangel an geistiger Bewegungsfreiheit, die Schranken der Zensur und die Mißgriffe einer geistlosen Bürokratie drückend und beschämend.

Dagegen kannte die Steiermark kaum ein richtiges Großbürgertum. Nicht, daß die Industrie gefehlt hätte, aber sie war doch hauptsächlich Eisenerzeugung und Eisenverarbeitung, und Radmeister wie Hammerherren paßten sich nur schwer den geänderten Verhältnissen an. Zwar war schon 1837 ein „Verein zur Förderung und Unterstützung der Industrie und der Gewerbe in Innerösterreich“ gegründet worden,<sup>5</sup> aber seine Erfolge waren nicht allzu groß. Der Absatz der steirischen Eisenwaren ging aus verschiedenen Gründen zurück. In der Levante und in Italien schuf die Billigkeit der englischen Produkte eine scharfe Konkurrenz, in Rußland hinderten die hohen Frachtspesen — der Sensenhandel zum Beispiel ging größtenteils über Brody, also auf dem teuren Landwege — den Vertrieb, Deutschland und Frankreich schlossen sich aus Rücksicht auf ihre heimische Industrie immer feindseliger gegen die Einfuhr aus Österreich ab, Ungarn beutete in steigendem Maße seinen eigenen Erz- und Waldreichtum aus und entriß durch schikanöse Zollbehandlung den Inlandsmarkt den steirischen Eisenhändlern.<sup>6</sup> Die Absatzkrise zog eine Industriekrise nach sich; Kohlennot und fehlender Wille zur Umstellung auf modernere Produktionsformen taten das Ihre. Die innerösterreichischen Gewerker hingen am Alten und mißtrauten dem Neuen, und, wo die Einsicht da war, fehlte das Geld. So gab es in den Kreisen der Gewerker zwar viel Unzufriedenheit, aber wenig Entschlossenheit zum Handeln. Die übrigen Industriezweige spielten nur eine untergeordnete Rolle; die Baumwollspinnerei in Neudau, eines der größten Unternehmen der Zeit auf steirischem Boden, war in den Händen eines ungarischen Magnaten, die Leinen-, Schafwoll- und Ledererzeugung waren überwiegend gewerblicher Natur, nicht industriell. Nur die Papiererzeugung, darunter die Fabriken von Leykam, Kienreich und Traxler (Voitsberg), hatte einige Bedeutung.<sup>7</sup>

Das gewerbliche Kleinbürgertum endlich litt schwer unter der seit mehreren Jahren herrschenden Teuerung. Schon 1846 hören wir aus Graz Klagen über schlecht beschickte Märkte und über Geldmangel, Zustände, die sich auch im folgenden Jahre nicht besserten. Zahlungs-

stockungen wurden immer häufiger, die Ungarn blieben den steirischen Märkten fern, kurz, die Wirtschaftslage war zu Beginn des Jahres 1848 sehr ungünstig.<sup>8</sup>

Teuerung und Wirtschaftskrise trafen den Arbeiter am härtesten; auch in der Steiermark fristete das noch wenig zahlreiche Proletariat „in dumpfem Elend und politischer Unwissenheit“<sup>9</sup> sein Dasein; es ist ebenso ein Zeichen der Geringschätzung, die ihm entgegengebracht wurde, wie der Verständnislosigkeit, wenn die Nachrichten über seine Lebensverhältnisse so spärlich sind und so wenig sichere Schlüsse auf sein Denken und Fühlen zulassen.

Fast kann als der revolutionärste Stand in der Steiermark vor 1848 der Bauer gelten. Die wirtschaftliche Lage des Bauernstandes war nicht einheitlich. Es gab besonders im Oberlande Bauern, die alle Fortschritte der Technik und der Wissenschaft verwerteten, aber ihre Zahl war gering und es waren nur große, wohlhabende Bauern, die sich solches leisten konnten;<sup>10</sup> die Masse der Bauern werkte trotz der Bemühungen des Erzherzogs Johann und der Tätigkeit der 1819 gegründeten Landwirtschaftsgesellschaft im alten Geleise weiter — ein Gegenstück zur konservativen Haltung der Gewerker. Aber die große Idee der Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetze hatte auch die Bauern erfaßt, die Hörigkeit erschien auch in der Steiermark als ein „Widerspruch gegen das Jahrhundert“<sup>11</sup> die Abgaben und Frondienste wurden umso schwerer ertragen, als sie sehr ungleichmäßig verteilt waren und oft genug Nachbarn, die verschiedenen Herrschaften unterstanden, trotz Gleichheit des Besitzes ganz ungleich belastet waren. Waren diese Verpflichtungen gegen den Grundherrn auch nicht so leicht abzuschütteln, so wurden sie doch bisweilen so widerwillig und mangelhaft erfüllt, daß ihr Nutzen recht zweifelhaft war. Am drückendsten aber wurde der kirchliche Zehent empfunden; seit Jahren verweigerten die Bauern in einigen Teilen des Oberlandes und um Radkersburg den Zehent und drohten mit Gewalt, wenn die Herrschaft Exekution versuchen wollte. Gab es Zehentstreitigkeiten, so fanden die Zehentberechtigten keine Zeugen, die für sie aussagten, ja sie fanden oft nicht einmal Leute, die den Zehent auszeigten.<sup>12</sup> In der Umgebung von Leoben, im Liesingtal und bei St. Michael mußte seit 1845 immer wieder Militär zur Exekution aufgeboten werden,<sup>13</sup> und um Liezen verweigerten die Bauern schon seit fünf Jahren den Zehent und schworen, eher ihr Leben zu opfern als nachzugeben.<sup>14</sup>

Die Lage auf dem Lande wurde durch das Eindringen kapitalistischer Denkungsweise bei einem Teil der Herrschaftsbesitzer wesentlich verschärft. Seit dem Ausgange der Franzosenkriege gelangten Grundherrschaften in steigendem Maße auf den Markt und wurden zu Spekulations-

zwecken aufgekauft. Die neuen Herrschaftsbesitzer, Güterspekulanten meist bürgerlicher Herkunft, behandelten Grund und Boden und selbst die Leistungen der Untertanen vom rein kaufmännischen Standpunkte aus als bloße Ware, deren Ertrag sie nach Kräften zu steigern suchten.<sup>15</sup> Umgekehrt suchten die Bauern bei solchen Grundherren in Fällen von Not vergeblich die ihnen gebührende Hilfe. Dazu kam noch, daß die staatlichen Steuern in ständigem Steigen begriffen waren.

Die Unhaltbarkeit dieser Zustände blieb auch dem einsichtsvolleren Teil der Herrschaftsbesitzer nicht verborgen; so brachte schon am 15. August 1846 das Mitglied des Landtages Franz von Kalchberg im ständischen Ausschuß einen Antrag auf „allmähliche Fixation und Ablösung der Urbarial- und Zehentverhältnisse in Steiermark“ ein.<sup>16</sup> Kalchberg schlug darin vor, durch freiwillige Übereinkommen der Berechtigten und Verpflichteten eine Ablösung der Verpflichtungen herbeizuführen, die für beide Teile tragbar wäre. Der Antrag wurde schon am 2. September dem Landtage vorgelegt, fand aber nur wenig Unterstützung und unsomewhat Widerstand; der Großteil des hochadeligen und kirchlichen Großgrundbesitzes wandte sich heftig gegen jede Änderung der bestehenden Verhältnisse, auch der Landeshauptmann Graf Ignaz A t t e m s griff gegen den Antrag in die Debatte ein und suchte ihn durch den bezeichnenden Hinweis auf Böhmen und Niederösterreich, wo ähnliche Maßnahmen beschlossen worden waren, deren Ergebnisse erst abzuwarten seien, zu Fall zu bringen. Schließlich wurde der Antrag Kalchberg wieder an den Ausschuß zurückverwiesen, der ihn so lange „behandelte“, bis ihn die Revolution überflüssig machte.

Die Einsicht, daß die bäuerlichen Dienste und Leistungen in der bisherigen Form auf die Dauer nicht zu halten seien, war aber inzwischen auch am Hofe durchgedrungen. Am 14. Dezember 1846 erschien eine kaiserliche Entschliebung, die die freiwillige Ablösung der Urbariallasten erleichterte. Dem kaiserlichen Patente war aber kein Erfolg beschieden; der Großgrundbesitz weigerte sich zum Teil überhaupt, freiwillig seine alten Privilegien aufzugeben, zum Teil stellte er so hohe Forderungen, daß die Bauern nicht darauf eingehen konnten. Praktisch blieb alles beim alten, aber der Widerwille der Bauern gegen die Leistungen an die Grundherren stieg weiter an, ebenso die Hoffnung, daß der Tag nicht mehr fern sei, an dem sie die verhaßten Lasten würden abschütteln können. So war die Steiermark zu Beginn des Jahres 1848 keineswegs mehr das „stille Ländchen“, wie es noch drei Jahre vorher geschildert worden war.<sup>17</sup>

War es auf dem Lande die Unzufriedenheit mit den grundherrlichen Lasten, die eine sehr gereizte Stimmung erzeugte, so in Graz die höchst unsoziale Absicht des Magistrates, in dem das besitzende Bürgertum mit

Bürgermeister Dr. Andreas H ü t t e n b r e n n e r an der Spitze den Ausschlag gab, die gähnende Leere im Grazer Gemeindegeld durch eine Besteuerung der Mieten (Zinskreuzsteuer) zu beseitigen, die aber nicht etwa die Hausherrn, sondern die Mieter, also Arbeiter, Kleinbürger und Tagelöhner, zu zahlen hatten. Die Erregung über diese ungerechte Maßnahme, die die ärmeren, durch die Teuerung ohnehin schwer in Mitleidenschaft gezogenen Schichten der Bevölkerung sehr hart traf, war außerordentlich groß und fand in zahlreichen Schmähchriften und Drohbrieffen an den Bürgermeister und den Gouverneur Ausdruck.

Dazu kamen die aufregenden Nachrichten aus dem Auslande. Im Jänner 1848 hatte die Revolution in Sizilien gesiegt und eine Verfassung erzwungen, der Februar brachte in Bayern den Sieg des Volkes über den König und seine Geliebte, Toskana erzwang eine Verfassung, in Genua und Rom, in Pavia und Padua kam es zu blutigen Unruhen und schließlich stürzte das Volk von Paris die verhaßte Regierung und zwang den König zu schleuniger Abdankung und zur Flucht.

Daß schon diese Ereignisse und nicht erst die Vorgänge vom 13. März in Wien die Grazer Bevölkerung beeinflussten, zeigt einerseits die vorzeitige Einberufung des Landtages für den 15. März, andererseits ein Maueranschlag vom 6. März, in dem das Volk zum Aufstand aufgerufen wurde und der mit den Worten schloß: „Auf, auf ihr Völker hier und dort, die Losung heißt Tyrannenmord!“<sup>18</sup> Von irgendeiner Wirkung dieses Anschlages, dessen Urheber unbekannt blieb, war freilich nichts zu merken. Zum Ausbruch kam die Bewegung in Graz erst, als die Nachricht vom Ausbruch der Revolution in Wien bekannt wurde.

Schon am nächsten Tage, am 14. März, beschlossen die Studenten der Universität eine Petition an den Kaiser, das gleiche geschah in einer Bürgerversammlung im Gasthaus „Zum goldenen Rößl“ in der Murvorstadt, bei der erstmals der Wortführer der radikalen Kreise von Graz, der Rechtsanwaltsanwärter Dr. Vinzenz Benedikt von Emperger,<sup>19</sup> eine entscheidende Rolle spielte. Eine dritte Eingabe wurde in einer Versammlung der Vorstände der Stadtgemeinde verfaßt. Die drei Petitionen zeigen die Ziele der verschiedenen Gesellschaftskreise der Stadt. Für die Universität standen Lehr- und Lernfreiheit, Pressefreiheit, Öffentlichkeit und Mündlichkeit der Rechtspflege und die Bildung einer Studentenlegion im Vordergrund des Programms. Die Kleinbürger aus der Vorstadt hatten das geschlossenste und bestdurchdachte Programm, dessen Urheber Emperger und Titus Marek waren. Es forderte Vertretung des Bürger- und Bauernstandes am Landtag entsprechend ihrem Grundbesitz, ihrer Steuersumme und ihrer Seelenzahl, ausschließliches Steuerbewilligungsrecht und Teilnahme an der Gesetzgebung für den Landtag, freie Wahl des Bürger-

meisters durch die Bürgerschaft, Öffentlichkeit und Mündlichkeit des Gerichtsverfahrens, Einführung von Geschworenengerichten, Aufhebung der Patrimonialgerichtsbarkeit und Abschaffung der Verzehrssteuer. Für das wohlhabende Bürgertum der Stadt endlich stand die Sorge um das Vermögen im Mittelpunkt seiner Bestrebungen; eine Volksvertretung zur Überprüfung der Staatsausgaben, Veröffentlichung des Staatshaushaltes und Verminderung der Steuern waren neben Pressefreiheit und freier Kommunalverwaltung die Hauptpunkte seines Programmes. Völlig vergessen hat man in allen drei Programmen die Arbeiterschaft.

So verschieden gestaltet die drei Petitionen im einzelnen sein mögen, in den Hauptpunkten stimmen sie doch überein: Abschaffung der Zensur, Konstitution, Volksbewaffnung — es sind die Forderungen, die zur selben Zeit in Wien gestellt und gleich in den ersten Tagen der Bewegung genehmigt wurden. Bemerkenswert ist ferner das Überwiegen der rechtlichen und ideellen Beschwerden, das wirtschaftliche Moment steht im Hintergrund, wie ja auch die führenden Männer der Märztage nicht aus materieller Not handelten.

Ausschreitungen ereigneten sich nirgends, alle drei Versammlungen verliefen durchaus diszipliniert. Erst am nächsten Tage, am 15. März, zog eine Schar von Menschen vor das Jesuitenkloster und warf dort die Fensterscheiben ein. Schlimmeres wurde durch das Dazwischentreten besonnener Elemente verhindert.

Inzwischen war der steirische Landtag zusammengetreten. Sogleich wurden ihm die Petitionen der Bürgerschaft und der Vorstände der Stadtgemeinde überreicht, worauf eine Eingabe an den Kaiser einstimmig angenommen wurde, die eine Umgestaltung des Landtages verlangte. Danach sollte der Landtag, der bisher nur aus Prälaten, Herren, Rittern und einigen wenigen Deputierten der landesfürstlichen Städte und Märkte bestand, so umgestaltet werden, daß in ihm „alle Interessen des ganzen Landes durch gewählte Abgeordnete“ Vertretung finden konnten.<sup>20</sup> Hierauf wurden die Petitionen dem in Graz anwesenden Erzherzog Johann mit der Bitte übergeben, sie dem Kaiser vorzulegen.

Schon die nächsten Tage brachten eine Herabsetzung der Zinsgroschensteuer auf die Hälfte, und nach Wiener Vorbild wurde eine Studentenlegion gebildet, in der so wie an der Universität Deutsche und Slowenen vertreten waren. Da die in den ersten Tagen gestellten Petitionen durch die Zugeständnisse der Regierung teilweise schon überholt waren, fand am 19. März abermals eine Bürgerversammlung statt, in der wieder Dr. Emperger das Wort führte. Nach stürmischer Beratung wurde eine neue Petition beschlossen, die aber keine wesentlichen neuen Forderungen brachte.

Gewalttätigkeiten blieben Graz erspart. Wohl schwirrten die tollsten Gerüchte in der Stadt über die Vorgänge in Wien herum, wohl wurden mißliebigen Personen Katzenmusiken gebracht, auch fanden anfangs täglich Versammlungen der Bürger statt, doch gelang es den besonnenen Elementen immer wieder, die Leute von tätlichen Übergriffen abzuhalten. Am 17. März wurde eine Nationalgarde zur Aufrechterhaltung der Ordnung gebildet, jedoch durfte sie nur aus Bürgern bzw. Bürgerssöhnen bestehen, die Bewaffnung der Arbeiter wurde verweigert, das Bürgertum fürchtete, die Führung der Bewegung zu verlieren.

Die Freude über das Errungene pflanzte sich auch in die Provinz fort. In feierlichen Hochämtern wurde für die Freiheit gedankt, die man endlich erreicht hatte, bei Böllerschüssen, Festessen und Festbeleuchtung wurden die Zugeständnisse der Regierung gefeiert, in allen größeren Orten bildeten sich Nationalgarden; Fahnen, Kokarden und Katzenmusiken fehlten in den Provinzstädten und Märkten so wenig wie in Graz.<sup>21</sup> In Leoben gab es einen Sturm auf das Redemptoristenkloster, im übrigen erschöpfte sich die Bewegung auch hier in festlicher Beflagung, stundenlangen Böllerschüssen, Freudenfeuern und Festtafeln.<sup>22</sup> Ein schwächeres Echo fanden die bisherigen Erfolge unter den Bauern, die sich nur für die Aufhebung der grundherrlichen Lasten interessierten. Dafür kam es am Lande gelegentlich zu Zusammenrottungen und Ausfällen gegen mißliebige grundherrliche Beamte, zu Drohungen und Demonstrationen, zur Verweigerung von Abgaben und Diensten.<sup>23</sup> Um die Landbevölkerung über das Wesen einer Verfassung zu belehren, wurden über Auftrag des Gouverneurs von den Kreisämtern Vertrauensmänner in die Dörfer geschickt, die gleichzeitig alle Besitzer zur Bildung von Sicherheitsvereinen aufforderten, um Ausschreitungen zu verhindern. Von einer Tätigkeit der Sicherheitsvereine hören wir übrigens fast nichts, ein Beweis, daß die Angst des Bürgertums um seinen Besitz unbegründet war.

Seit dem 20. März herrschte in Graz wieder Ruhe. Bürgermeister Hüttenbrenner, der bei der Bevölkerung unbeliebt war, ging auf Urlaub und vielleicht wäre alles bald wieder in geordnete Bahnen gekommen, wenn nicht das neue Preßgesetz vom 1. April große Erregung hervorgeufen hätte. Es erschwerte nämlich die Herausgabe von Zeitungen ganz wesentlich, indem es die Stellung einer Kautionsvorschrieb und den Behörden das Recht zugestand, in gewissen Fällen Druckschriften mit Beschlag zu belegen. Als die Nachricht davon Graz erreichte, kam es zu einem Auflauf in der inneren Stadt, die Aufschrift des Franzensplatzes wurde herabgerissen und der Platz in Universitätsplatz — die Universität befand sich damals an der Ecke Franzensplatz (heute Freiheitsplatz) — Bürgergasse — umbenannt. Nur mit Mühe gelang es, eine Zerstörung des

Franzensdenkmals zu verhindern. So wenig dieser Vorgang an sich zu besagen hat, ist er als erste antidynastische Kundgebung in Graz bemerkenswert; bisher hatte sich die Bewegung zwar gegen das vormärzliche „System“ gewandt, niemals aber gegen die Person des Herrschers oder gegen das Herrscherhaus.

Mehr und mehr machten sich auch die wirtschaftlichen Folgen der Unruhen bemerkbar. Handel und Wandel stockten, das Vertrauen in die Währung sank, die Abhebungen bei der Steiermärkischen Sparkasse nahmen solchen Umfang an, daß diese bei der Regierung ein Darlehen aufnehmen mußte. Viele Betriebe standen still, unter der Arbeiterbevölkerung griff die Arbeitslosigkeit um sich und mit ihr Hunger und Not, gab es doch keinerlei Fürsorge für die ärmsten Opfer des herrschenden Wirtschaftssystems. Zwar sanken auf dem Lande die Preise für Vieh und Getreide, aber in der Stadt blieben Fleisch- und Brotpreise auf gleicher Höhe. Es darf daher nicht wundernehmen, daß das Volk zur Selbsthilfe schritt. Am Abend des 3. April, als die Fabriken geschlossen hatten, drangen die Arbeiter aus den Vorstädten in die innere Stadt ein und stürmten die Bäckerläden. Von bürgerlicher Seite wurde die Nationalgarde aufgeboten, die Arbeiter empfangen sie mit Steinwürfen, die Garde antwortete mit blanker Waffe, es gab einige Verwundete. Bevor größeres Unheil entstand, schritt Dr. Emperger ein und vermittelte eine Herabsetzung des Brotpreises, worauf sich die Erregung legte. Durch diesen Erfolg ermutigt, sammelten sich am nächsten Abend erneut größere Volksmassen, um die Fleischerläden zu stürmen. Allein die Fleischer waren gewarnt und rüsteten sich mit ihren Messern und Hunden aus, so daß die Masse keinen Angriff wagte. Sie wandte sich nunmehr nach Westen gegen das Mauthaus in der Eggenberger Allee und zündete es an, wurde aber dann durch die Nationalgarde vertrieben, worauf wieder Ruhe einkehrte. Immerhin mußten auch die Fleischer nachgeben und die Preise herabsetzen.

Je ruhiger es in der Stadt wurde, desto mehr wuchs das Interesse an den Vorgängen der großen Politik: die Kämpfe in Italien und Ungarn und die Vorgänge in Deutschland, besonders die bevorstehenden Wahlen in die Deutsche Nationalversammlung erweckten nunmehr die Aufmerksamkeit der Grazer Bevölkerung. Was Italien betrifft, waren die Sympathien der Grazer ungeteilt auf seiten der gegen die aufständischen Lombarden und Venezianer und die mit diesen verbündeten Piemontesen kämpfenden österreichischen Soldaten. Drei Bataillone Freiwilliger waren zu den schwarz-gelben Fahnen gestoßen, und doch war die Anschauung allgemein, daß der Verlust der Lombardei kein Nachteil sei, wohl aber ein Verlust Ungarns. Die Zusammenhänge zwischen Wirtschaft und Po-

litik kamen darin klar zum Ausdruck; wirtschaftliche Bande zwischen der Lombardei und der Steiermark bestanden kaum, wohl aber ging ein großer Teil der steirischen Ausfuhr namentlich an Eisenwaren nach Ungarn. Die Verbindung mit dem östlichen Nachbarn war eine Lebensfrage für unser Land und wurde daher lebhaft gefordert. Die „deutsche Frage“ bewegte vor allem die intellektuellen Kreise der Stadt; wenn man die Anschauungen des Abgeordneten der Stadt Graz in Frankfurt am Main, Moritz v. Kaiserfeld, zur Richtschnur nehmen darf, so war Graz allerdings nur insoweit von „großdeutscher“ Gesinnung erfüllt, als es die historische Rolle, die Österreich seit Jahrhunderten in Deutschland einnahm, nicht aufgeben, sondern durch Zusammengehen mit den übrigen Staaten des Deutschen Bundes noch verstärken wollte. Nur auf diese Weise hielt Kaiserfeld den deutschen Grundcharakter der staatlichen Bildung Österreichs und mit ihm die politische Führung der Deutschösterreicher im habsburgischen Vielvölkerstaat gesichert. An der Notwendigkeit der Erhaltung Österreichs als selbständiger Großmacht hielt Kaiserfeld und mit ihm der weit überwiegende Teil der Steiermark beharrlich fest.<sup>24</sup> Das zeigt auch der heftige Widerspruch, der sofort in Graz laut wurde, als von slowenischer Seite der Vorwurf erhoben wurde, die deutschsprechenden Österreicher wollten die Selbständigkeit Österreichs aufgeben.<sup>25</sup> Die Wahlen in die Frankfurter Nationalversammlung verliefen jedoch ohne Zwischenfall, die Slowenen begnügten sich mit einem Boykott der Wahlen.<sup>26</sup>

Mit der Aufforderung an Österreich, Abgeordnete in die Nationalversammlung nach Frankfurt am Main zu senden, begann auch der unglückselige Nationalitätenstreit in der Steiermark. In Graz lebte damals eine beachtliche Zahl von Studenten slowenischer Nationalität und bei der engen Verbindung zwischen Graz und der slowenischen Untersteiermark wanderten immer wieder slowenische Handwerker ein. Sie schlossen sich nun zu einem slawischen Verein, der „Slovenja“, zusammen, worauf als Gegengewicht der „Deutsche Verein“ gegründet wurde, dem noch mehrere Vereine folgten, so der „Konstitutionelle Verein“, der das nationale Gebiet meiden und nur die konstitutionelle Entwicklung fördern wollte. Übernational war auch der von Josef Stiger<sup>27</sup> gegründete „Demokratische Verein“, der in den Oktobertagen eine große Rolle spielte. Auch ein Arbeiterverein mit 180 bis 200 Mitgliedern entstand, doch konnte er keine nennenswerte Tätigkeit entfalten. Am heftigsten aber wurde der nationale Kampf auf dem Boden der Universität ausgetragen; die deutschsprachigen Studenten verweigerten den Slawen das Recht zum Tragen ihrer eigenen Farben. Versuche der Bürgerschaft, die für diese nationalen Überspanntheiten wenig Verständnis zeigte, den Zwiespalt auszu-

gleichen, scheiterten an der unmachgiebigen Haltung der deutschen Studenten, worauf die Slawen aus der Akademischen Legion austraten. So war die Grazer Universität schon damals der Tummelplatz deutschnationaler Heißsporne.<sup>28</sup>

Eine gewisse Spannung zwischen Bürgern und Studenten zeigte sich auch in der Einstellung zu den Maiereignissen in Wien. Die Flucht des Kaisers nach Innsbruck (17. Mai) veranlaßte die Bürgerschaft von Graz, eine Loyalitätsadresse zu entwerfen, die 2000 Unterschriften erhielt, und eine Deputation abzusenden mit dem Auftrage, die Adresse dem Kaiser persönlich zu übergeben. Die Studenten dagegen verweigerten die Unterzeichnung der Adresse, ihre Sympathien standen ebenso wie die der Arbeiter auf Seite der Wiener; das kam etwas später in einer Versammlung in der Aula zum Ausdruck, in der der Redner der Meinung Ausdruck gab, es sei besser, auf den Barrikaden zu fallen, als gegen Wien zu ziehen. Auch wurde eine Adresse beschlossen, in der die Studenten versprachen, selbst mit dem Einsatz des Lebens die „Segnungen freisinniger Institutionen und die Palme des Friedens“ zu verteidigen. Die Adresse wurde durch eine Deputation nach Wien gebracht, deren Sprecher Dr. Emperger war.

Im allgemeinen zeigte sich im Mai ein Abrücken der Bürgerschaft von den Ideen der Bewegung. Die Angst vor dem Proletariat, die Sorge um den ruhigen Gang des wirtschaftlichen Lebens trieb sie der Reaktion in die Arme. Gleichzeitig verstärkte sich der Gegensatz zur Akademischen Legion, die eine enge ideelle Verbindung mit dem Proletariat eingegangen war. Außerhalb von Graz fanden die Wiener Aufständischen nur in der Obersteiermark einigen Anhang, während das Echo im Süden recht gering war.

Diese Gegensätze spiegelten sich in der Presse deutlich wider. Die seit dem März neu erschienenen Zeitungen — meist Blätter von kurzer Lebensdauer — vertraten die Ideen der Wiener, dagegen schwenkte die im bürgerlichen Mittelstand weitverbreitete „Industrielle Tageszeitung“ seit dem Mai deutlich nach rechts ab. Die „Grazer Zeitung“ schlug im März unter der Redaktion des Universitätsprofessors Dr. Schreiner eine entschieden liberale Richtung ein und behielt sie auch noch im Mai bei. Mit 1. August wurde sie halboffiziell und bemühte sich von da an, möglichst objektiv zu sein. Am 1. Juni erschien — ein deutliches Zeichen der geänderten Einstellung weiter Kreise — das erste ausgesprochen reaktionäre Blatt, der „Herold“, das, von A. F. Draxler geleitet, leidenschaftlich die Ideen der Revolution bekämpfte und wegen seiner maßlos scharfen, volkstümlichen Ausdrucksweise bei der kleinbürgerlichen, bildungsfremden Masse großen Absatz fand.

Inzwischen war der steiermärkische Landtag nicht untätig geblieben. Nachdem der erste Versuch, den ständischen Landtag durch Beiziehung von Bauern zu erweitern, an technischen Schwierigkeiten gescheitert war, wurde noch im April beschlossen, einen provisorischen Landtag zur Lösung von drei Aufgaben wählen zu lassen, nämlich zur Ausarbeitung einer neuen Gemeindeordnung, zur Regelung der Grundentlastung und zur Festlegung einer neuen Landtagsordnung.<sup>29</sup> Die Wahl in den provisorischen Landtag fand vom 5. bis 8. Juni statt; sie verlief, obwohl sie mündlich und öffentlich war, in voller Ordnung und Ruhe. Der neue Landtag trat am 13. Juni zusammen. Er war nach dem Grundsatz zusammengesetzt, daß er die Interessen der drei wichtigsten Stände jener Zeit vertreten sollte: der Gutsbesitzer, der Bürger und der Bauern. Demgemäß waren die Wähler in drei Kurien eingereiht worden, von denen jede dreißig Abgeordnete entsandte. Die erste Klasse umfaßte den Gutsbesitz, und zwar drei Prälaten als Vertreter des geistlichen Grundbesitzes, 17 Herren und Ritter und 10 nichtlandständige Gutsbesitzer. Die zweite Kurie bestand aus drei Vertretern von Universität und Joanneum, 4 Vertretern von Bergbau und Industrie und 23 Abgeordneten der Städte und Märkte. Die dritte Kurie endlich umfaßte die untertänigen Grundbesitzer. Die Abgeordneten der Städte, Märkte und des untertänigen Grundbesitzes waren indirekt durch Wahlmänner gewählt worden.

Unter den Gewählten gab es mehrere bedeutende Köpfe, die sich auch außerhalb des Landtages große Verdienste erwarben. Wir nennen unter den Prälaten den Abt von Rein, Ludwig Crophius von Kaisersieg,<sup>30</sup> der zu den gründenden Mitgliedern des Historischen Vereines für Steiermark zählte und sein erster Direktor (Obmann) war, unter den Abgeordneten des Herren- und Ritterstandes Franz von Kalchberg,<sup>31</sup> der sich namentlich um die Durchführung der Grundentlastung in Steiermark große Verdienste erwarb. Unter den nichtlandständischen Herrschaftsbesitzern ragte Moritz von Kaiserfeld<sup>32</sup> hervor, „ein abgesagter Gegner des revolutionären Radikalismus, wohl aber warmer Freund organischer Reformen und Verfechter provinzieller Autonomie“, der 1867 zum „parlamentarischen Wortführer des Ausgleiches mit Ungarn“ wurde, später einer der verdientesten Landeshauptleute der Steiermark. Unter den Vertretern der Universität verdient der schon mehrmals genannte Führer der radikalen Richtung, Vinzenz von Emperger,<sup>33</sup> Erwähnung, unter den Vertretern der Industrie Ferdinand von Thinnfeld,<sup>34</sup> der später Minister für Landeskultur und Bergwesen im Ministerium Schwarzenberg war. Von den Abgeordneten aus dem Bauernstande trat nur Alois Scheucher<sup>35</sup> aus Wildon stärker hervor.

Seine drei Aufgaben hat der Landtag in verhältnismäßig kurzer Zeit

gleichen, scheiterten an der unachgiebigen Haltung der deutschen Studenten, worauf die Slawen aus der Akademischen Legion austraten. So war die Grazer Universität schon damals der Tummelplatz deutschnationaler Heißsporne.<sup>28</sup>

Eine gewisse Spannung zwischen Bürgern und Studenten zeigte sich auch in der Einstellung zu den Maiereignissen in Wien. Die Flucht des Kaisers nach Innsbruck (17. Mai) veranlaßte die Bürgerschaft von Graz, eine Loyalitätsadresse zu entwerfen, die 2000 Unterschriften erhielt, und eine Deputation abzuschicken mit dem Auftrage, die Adresse dem Kaiser persönlich zu übergeben. Die Studenten dagegen verweigerten die Unterzeichnung der Adresse, ihre Sympathien standen ebenso wie die der Arbeiter auf Seite der Wiener; das kam etwas später in einer Versammlung in der Aula zum Ausdruck, in der der Redner der Meinung Ausdruck gab, es sei besser, auf den Barrikaden zu fallen, als gegen Wien zu ziehen. Auch wurde eine Adresse beschlossen, in der die Studenten versprachen, selbst mit dem Einsatz des Lebens die „Segnungen freisinniger Institutionen und die Palme des Friedens“ zu verteidigen. Die Adresse wurde durch eine Deputation nach Wien gebracht, deren Sprecher Dr. Emperger war.

Im allgemeinen zeigte sich im Mai ein Abrücken der Bürgerschaft von den Ideen der Bewegung. Die Angst vor dem Proletariat, die Sorge um den ruhigen Gang des wirtschaftlichen Lebens trieb sie der Reaktion in die Arme. Gleichzeitig verstärkte sich der Gegensatz zur Akademischen Legion, die eine enge ideelle Verbindung mit dem Proletariat eingegangen war. Außerhalb von Graz fanden die Wiener Aufständischen nur in der Obersteiermark einigen Anhang, während das Echo im Süden recht gering war.

Diese Gegensätze spiegelten sich in der Presse deutlich wider. Die seit dem März neu erschienenen Zeitungen — meist Blätter von kurzer Lebensdauer — vertraten die Ideen der Wiener, dagegen schwenkte die im bürgerlichen Mittelstand weitverbreitete „Industrielle Tageszeitung“ seit dem Mai deutlich nach rechts ab. Die „Grazer Zeitung“ schlug im März unter der Redaktion des Universitätsprofessors Dr. Schreiner eine entschiedene liberale Richtung ein und behielt sie auch noch im Mai bei. Mit 1. August wurde sie halboffiziell und bemühte sich von da an, möglichst objektiv zu sein. Am 1. Juni erschien — ein deutliches Zeichen der geänderten Einstellung weiter Kreise — das erste ausgesprochen reaktionäre Blatt, der „Herold“, das, von A. F. Draxler geleitet, leidenschaftlich die Ideen der Revolution bekämpfte und wegen seiner maßlos scharfen, volkstümlichen Ausdrucksweise bei der kleinbürgerlichen, bildungsfremden Masse großen Absatz fand.

Inzwischen war der steiermärkische Landtag nicht untätig geblieben. Nachdem der erste Versuch, den ständischen Landtag durch Beiziehung von Bauern zu erweitern, an technischen Schwierigkeiten gescheitert war, wurde noch im April beschlossen, einen provisorischen Landtag zur Lösung von drei Aufgaben wählen zu lassen, nämlich zur Ausarbeitung einer neuen Gemeindeordnung, zur Regelung der Grundentlastung und zur Festlegung einer neuen Landtagsordnung.<sup>29</sup> Die Wahl in den provisorischen Landtag fand vom 5. bis 8. Juni statt; sie verlief, obwohl sie mündlich und öffentlich war, in voller Ordnung und Ruhe. Der neue Landtag trat am 13. Juni zusammen. Er war nach dem Grundsatz zusammengesetzt, daß er die Interessen der drei wichtigsten Stände jener Zeit vertreten sollte: der Gutsbesitzer, der Bürger und der Bauern. Demgemäß waren die Wähler in drei Kurien eingereiht worden, von denen jede dreißig Abgeordnete entsandte. Die erste Klasse umfaßte den Gutsbesitz, und zwar drei Prälaten als Vertreter des geistlichen Grundbesitzes, 17 Herren und Ritter und 10 nichtlandständige Gutsbesitzer. Die zweite Kurie bestand aus drei Vertretern von Universität und Joanneum, 4 Vertretern von Bergbau und Industrie und 23 Abgeordneten der Städte und Märkte. Die dritte Kurie endlich umfaßte die untertänigen Grundbesitzer. Die Abgeordneten der Städte, Märkte und des untertänigen Grundbesitzes waren indirekt durch Wahlmänner gewählt worden.

Unter den Gewählten gab es mehrere bedeutende Köpfe, die sich auch außerhalb des Landtages große Verdienste erwarben. Wir nennen unter den Prälaten den Abt von Rein, Ludwig Crophius von Kaisersieg,<sup>30</sup> der zu den gründenden Mitgliedern des Historischen Vereines für Steiermark zählte und sein erster Direktor (Obmann) war, unter den Abgeordneten des Herren- und Ritterstandes Franz von Kalchberg,<sup>31</sup> der sich namentlich um die Durchführung der Grundentlastung in Steiermark große Verdienste erwarb. Unter den nichtlandständischen Herrschaftsbesitzern ragte Moritz von Kaiserfeld<sup>32</sup> hervor, „ein abgesagter Gegner des revolutionären Radikalismus, wohl aber warmer Freund organischer Reformen und Verfechter provinzieller Autonomie“, der 1867 zum „parlamentarischen Wortführer des Ausgleiches mit Ungarn“ wurde, später einer der verdientesten Landeshauptleute der Steiermark. Unter den Vertretern der Universität verdient der schon mehrmals genannte Führer der radikalen Richtung, Vinzenz von Emperger,<sup>33</sup> Erwähnung, unter den Vertretern der Industrie Ferdinand von Thinnfeld,<sup>34</sup> der später Minister für Landeskultur und Bergwesen im Ministerium Schwarzenberg war. Von den Abgeordneten aus dem Bauernstande trat nur Alois Scheucher<sup>35</sup> aus Wildon stärker hervor.

Seine drei Aufgaben hat der Landtag in verhältnismäßig kurzer Zeit

und unbestritten gut gelöst. Dabei standen die Debatten im allgemeinen auf einem hohen Niveau, was um so bemerkenswerter ist, als den meisten Abgeordneten jede parlamentarische Erfahrung fehlte. Die vom Landtag verabschiedete Gemeindeordnung<sup>36</sup> fußte auf dem Gedanken der Unabhängigkeit der Gemeinde, der die Verwaltung des Gemeindevermögens und das Recht der Selbstbesteuerung übertragen wurde. Der liberalbürgerliche Grundzug kam in der Gliederung der Bevölkerung nach Vermögensklassen zum Ausdruck, die in der Auffassung gipfelte, daß die politischen Rechte dem Ausmaße der Lasten, vor allem der Steuerleistung, angepaßt sein sollten. Zu lebhaften Debatten kam es über die Schulfrage; das Volksschulwesen wurde den Gemeinden zugewiesen, obwohl die Geistlichkeit, und zwar ganz besonders die evangelische Kirche, sich scharf dagegen ausgesprochen hatte. Interessanterweise wurde auch schon von einigen Vertretern der ersten Kurie, darunter von Kalchberg, die Forderung gestellt, daß die Lehrer weder von der Gemeinde noch von der Kirche, sondern nur vom Staate bestellt werden sollten; sie konnte damals noch nicht durchdringen. Ganz modern mutet an, daß die Frage des Frauenwahlrechtes auftauchte; es wurde jedoch rasch wieder verworfen. Vertreter des Adels, nicht der Bauern, erkannten die Gefahr der Landflucht, wenn die Bauern über ihren Besitz frei verfügen durften. Graf Gleispach stellte daher den Antrag, daß die Zerstückelung von Bauernwirtschaften nur mit Erlaubnis des Gemeindeausschusses erfolgen dürfe, und drang damit durch, dagegen scheiterte Kalchberg mit seinem Antrag, auch die Vereinigung mehrerer Bauernhöfe in einer Hand von der Zustimmung des Gemeindeausschusses abhängig zu machen, am Widerstande der Montanindustrie.

Unsere besondere Aufmerksamkeit verdient der Gesetzentwurf über die Grundentlastung. Wie erwähnt, hatte sich der Landtag schon vor Ausbruch der Revolution mit dieser Frage beschäftigt, ohne zu einem Ergebnis gelangt zu sein. Inzwischen war das kaiserliche Patent vom 11. April 1848 erschienen, wonach alle auf Grund und Boden haftenden, aus dem Obereigentum oder Zehentrecht entspringenden Natural- und Arbeitsleistungen vom 1. Jänner 1849 an in eine billige Geldentschädigung umzuwandeln waren. Das Nähere sollte ein steiermärkisches Landesgesetz bestimmen. Die Aufnahme dieses Patentens war eine recht gemischte, denn viele Bauern erwarteten eine entschädigungslose Aufhebung ihrer Verpflichtungen und waren daher sehr enttäuscht, diese Forderung nicht erfüllt zu sehen. Aber auch unter den Grundherren gab es viele, besonders geistliche, die noch immer hofften, die ganze Grundentlastung werde im Sande verlaufen. Als nun der Landtag an die Beratung der Frage schritt, beantragten die Prälaten sogleich, die Vertagung

des Entwurfes, bis der Reichstag die Normen für die Entlastung gegeben habe. Sie suchten auf diese Weise einen Ausweg, um die billigen Arbeitsleistungen der Bauern nicht zu verlieren; sich offen gegen die Grundentlastung auszusprechen, wagte niemand. Auffallenderweise erhielten die Prälaten Unterstützung durch die Bauern, freilich aus einem ganz anderen Grunde; die Bauern erwarteten vom Reichstag die unentgeltliche Aufhebung der Lasten und drohten mit der Revolution, wenn es nicht dazu kommen sollte. Sie erklärten, wegen ihrer Armut und Verschuldung keine Entschädigung leisten zu können.

Der Koalition von geistlichem Großgrundbesitz und Bauern traten die Vertreter des weltlichen Großgrundbesitzes und der Bürger entgegen und brachten den Vertagungsantrag zu Fall. So wurden denn in 24 Sitzungen die 99 Paragraphen des Entwurfes durchberaten und im wesentlichen unverändert angenommen. Wie schon im kaiserlichen Patent verkündet, wurden alle bäuerlichen Lasten ohne Ausnahme einschließlich der herrschaftlichen Gerichtsbarkeit mit 1. Jänner 1849 aufgehoben. Die Entschädigung wurde mit dem zwanzigfachen Reinertrag der Giebigkeiten bemessen und zur Deckung eine Urbarialsteuer in der Höhe von 5% des Entschädigungskapitals eingeführt, wovon die pflichtigen Bauern 3% zu tragen hatten, während die restlichen 2% vom Lande beigesteuert wurden. Die Bauern wandten sich scharf gegen die Zumutung einer dreiprozentigen Abgabe, doch wurde der Antrag mit der knappen Mehrheit von einer Stimme angenommen. Die Bemessung der Robot erfolgte in der Weise, daß ein Tag Handrobot wertmäßig dem dritten Teil des Taglohnes eines freien Tagwerkers gleichgestellt wurde; die Fuhrrobot wurde mit dem doppelten Betrage der Handrobot bemessen.

Die Verhandlungen über die Grundentlastung zeigten, daß sich außer den Prälaten niemand ernstlich bemühte, die Ablösung der bäuerlichen Lasten zu verhindern; die Berechtigung dieser Maßnahme wagte kein Mitglied des Landtages zu bestreiten. Das bürgerlich-kapitalistische Denken der Zeit kam aber deutlich in dem Feilschen um die Höhe der Entschädigung zum Ausdruck.

Die letzte Aufgabe des Landtages war die definitive Organisierung des Landtages. Unter den Bestimmungen dieses Entwurfes verdienen einige unsere Aufmerksamkeit. Gleich im § 1 wurde die Steiermark einstimmig als „einiges, unteilbares Herzogtum“ erklärt und damit Stellung genommen gegen die Versuche, Österreich nach nationalen Gesichtspunkten unter Mißachtung der historischen Grenzen umzugestalten. Weder von deutscher noch von slowenischer Seite wurde gegen den § 1 Einspruch erhoben, die Kräfte der gemeinsamen Geschichte, die Heimatliebe und die Erkenntnis der wirtschaftlichen Zusammengehörigkeit waren stärkere

Argumente als die nationalen Aspirationen. Bemerkenswert für eine Landesverfassung war die Aufnahme staatsbürgerlicher Grundrechte (§ 3), darunter die Gleichstellung der deutschen und der slowenischen Nationalitäten. Der § 40 sicherte dem Lande Einfluß auf das Schulwesen durch Bestellung von Schulkommissionen (entsprechend unseren Landes- und Bezirksschulräten) und Schulinspektoren. Die Zahl der Abgeordneten wurde mit 80 festgesetzt, die nach der Volkszahl auf 5 Jahre zu wählen waren. Das war der völlige Bruch mit den ständischen Überlieferungen, ein bemerkenswertes Bekenntnis zur Demokratie!

Damit hatte der Landtag in neunwöchiger Arbeit seine Aufgabe erfüllt; am 17. August vertagte er sich, um erst im November wieder zu einer kurzen Tagung zusammenzutreten. Versuche, eine gemeinsame Beratung der alpenländischen Landtage zustande zu bringen, scheiterten.<sup>37</sup>

Inzwischen hatten sich große Dinge ereignet. Nach den aufregenden Maiereignissen war es wieder ruhig geworden, die Wahlen in den Reichstag in Wien waren unter sehr geringer Beteiligung vor sich gegangen; nur rund ein Drittel der Wähler war bei den Wahlen erschienen, einzig in Graz und Obersteiermark war die Teilnahme etwas reger — ein Zeichen, daß das Interesse an den politischen Vorgängen stark abgeflaut war. Das änderte sich, als die Nachricht von der Oktoberrevolution in Wien eintraf.

Die Scheidung der Geister, die seit den Maitagen zu beobachten war, zeigte sich wieder in der Beurteilung der Wiener Ereignisse. Alles, was Vermögen und fast alles, was Bildung besaß (die studentische Jugend ausgenommen), lehnte die Vorgänge in Wien aus Furcht vor sozialen Umwälzungen ab; der „Verein für konstitutionelle Freiheit“ wurde zum Mittelpunkt, der „Herold“ zum Sprachrohr dieser bürgerlich-konservativen Richtung. Dagegen billigte der „Demokratische Verein“ die Bewegung in Wien voll und ganz. In einer Versammlung im „Wilden Mann“ in der Schmiedgasse verlangte er am Tage nach dem Ausbruch der Wiener Revolution (7. Oktober) die Einberufung des Landsturmes zum Schutze der revolutionären Errungenschaften, und als der Gouverneur die Forderung ablehnte, dessen Absetzung. Etwa 50 Männer fuhren schon am folgenden Tage nach Wien und stellten sich dort dem Reichstage zur Verfügung. In den nächsten Tagen folgten weitere Freiwillige, im ganzen zogen über 600 Mann nach Wien, um am Kampfe für die Erhaltung der im März errungenen Freiheit mitzuhelfen, etwa die Hälfte davon waren Arbeiter, der Rest Studenten und Kleinbürger. Wortführer der Bewegung war Dr. Emperger, der sich ebenfalls nach Wien begab, dort verhaftet und vor ein Kriegsgericht gestellt wurde, das ihn zu 18 Jahren schweren Kerkers verurteilte. Die übrigen Grazer konnten entweder rechtzeitig

entkommen oder wurden nach kurzer Einvernahme wieder in die Heimat entlassen.

Am 11. Oktober erreichte die Bewegung in Graz den Höhepunkt. Der Militärkommandant Graf Nugent war seiner Truppen nicht mehr sicher und wollte im Falle eines Angriffes mit ihnen die Stadt verlassen. Daher gab der Gouverneur dem Drängen des Demokratischen Vereines nach und ließ durch Kanonenschüsse und Glockengeläute den Grazern die Bedrängnis der Reichshauptstadt bekanntgeben und den Landsturm aufbieten, um die Steiermark „gegen den Einbruch kroatischer Horden“ zu sichern — die Truppen, die gegen Wien aufgeboten worden waren, waren zum Teil Kroaten! Als aber der Demokratische Verein Sendboten auf das Land schickte, um die Bauern zum Kampfe aufzurufen, erging es den Boten übel. Aus den meisten Orten mußten sie flüchten, um nicht verprügelt zu werden, Unterstützung fanden sie nirgends. Den Bauern handelte es sich eben um die Abschaffung ihrer Untertänigkeit, und die hatten sie erreicht; die Vorgänge in Wien ließen sie kalt. Aber auch Graz blieb ruhig, das hatte die Stadt nicht zuletzt dem Umstande zu verdanken, daß die radikalsten und entschlossensten Anhänger der Revolution die Stadt verlassen hatten, um Wien zu retten. Fremde Sendboten, wie die des Deutschkatholizismus, fanden nur wenig Anhang.<sup>38</sup> Der Zusammenbruch der Oktoberrevolution in Wien wurde daher in Graz zum Teil mit offener Schadenfreude, zum Teil gleichgültig aufgenommen. Der Demokratische Verein und der Arbeiterverein wurden am 5. November aufgelöst, ohne daß sich ein Widerstand regte; wenig später löste sich die Akademische Legion selbst auf. Der Gouverneur Graf Wickenburg wurde in den Ruhestand versetzt und der Schloßberg befestigt — eine deutliche Warnung an die demokratischen Kreise von Graz.

Fragen wir nach den Ergebnissen der Revolution, so treten uns zwei bleibende Folgen vor Augen: die eine — von der Allgemeinheit wenig beachtet — war die Beseitigung des alten ständischen Landtages und damit des einen Überbleibels mittelalterlichen Staatsrechtes. Viel wichtiger und bedeutungsvoller war das zweite Ergebnis, die sogenannte Bauernbefreiung, besser gesagt, die Grundentlastung, die erst den Bauer zum gleichberechtigten Mitbürger des österreichischen Staates machte.<sup>39</sup>

Bekanntlich hatte der schlesische Student Hans K u d l i c h am 26. Juli im konstituierenden Reichstag in Wien den Antrag gestellt, die Untertanslasten zu beseitigen. Nach langen Verhandlungen kam das Gesetz vom 7. September 1848 zustande, das durch die Ministerialverordnung vom 12. September 1848 und durch das Gesetz vom 4. März 1849 ergänzt wurde. Danach wurden der Untertansverband und alle aus ihm entspringenden Leistungen, Roboten, Grundzinse und Zehente, gegen eine ange-

messene Entschädigung aufgehoben. Hierbei wurden die Rechte der Herrschaftsbesitzer in zwei Gruppen eingeteilt. Die erste Gruppe umfaßte die Hoheitsrechte der Herrschaftsbesitzer, die Patrimonialgerichtsbarkeit und die Polizeihochheit. Da diese Rechte mit zum Teil recht beträchtlichen Auslagen verbunden waren, wurden sie ohne Entschädigung aufgehoben. Die zweite Gruppe umfaßte die bäuerlichen Leistungen von Grund und Boden, für die eine Entschädigung gezahlt werden mußte.

Zur Entschädigung der Grundherren wurde der Kapitalwert der abgelösten Abgaben und Dienste auf eine zwar umständliche, aber durchaus soziale Art berechnet, von der noch die Rede sein wird. Sodann wurde von dem ermittelten Werte der aufgehobenen Leistungen für die Kosten der Einhebung ein Drittel in Abzug gebracht; auf dieses Drittel mußte der Grundherr also verzichten. Von den restlichen zwei Dritteln der errechneten Entschädigung hatte der Bauer nur die eine Hälfte (also ein Drittel der ganzen Summe) zu entrichten, die zweite Hälfte (das letzte Drittel) war aus Landesmitteln aufzubringen. Für die Ermittlung des Wertes der Leistungen und Dienste waren natürlich die Preise, die angenommen wurden, von ausschlaggebender Bedeutung. Hier ging die Regierung in sehr sozialer, bauernfreundlicher Weise vor. Leistungen an landwirtschaftlichen Erzeugnissen wurden nach den im Grundsteuerkataster vermerkten Preisen berechnet; da diese Katastralpreise durchwegs niedriger waren als die handelsüblichen Preise, schnitten die Bauern gut ab. Der Getreidezehent wurde auf Grund des für den Grundsteuerkataster ermittelten Wirtschaftsturnusses und des Naturalertrages in Geld veranschlagt, die Arbeitsleistungen endlich wurden, wie es der steirische Entwurf vorgesehen hatte, mit dem dritten Teil des Preises für einen Hand-, bzw. Zugarbeitstag berechnet. Der Wert der Laudemien (d. s. die Gebühren, die anlässlich einer Besitzveränderung zu bezahlen waren) wurde nach dem Durchschnitt der letzten dreißig Jahre bemessen und außerdem wurden die beträchtlichen Kosten der Grundbuchführung, der Amtsverwaltung und der Gerichtspflege in Abzug gebracht. Die Entschädigung für die Laudemien wurde vom Staate geleistet.

Es war natürlich klar, daß die Bauern nicht das ganze Entschädigungskapital, so gering es in manchen Fällen sein mochte, auf einmal aufbringen konnten, ohne Teile ihres Besitzes abverkaufen zu müssen. Ebenso war es unbestritten, daß direkte Zahlungsverpflichtungen des Bauern gegenüber dem ehemaligen Grundherrn zu Mißhelligkeiten und schweren Schädigungen der Bauern geführt hätten. Daher wurde ein staatlicher Grundentlastungsfonds gebildet, in den die Bauern ihre Zahlungen leisteten und der wiederum die ehemaligen Herrschaftsbesitzer entschädigte. Den Bauern wurde dabei zugestanden, ihre Ent-

schädigungssumme in 20 Jahresraten zu entrichten, so daß die jährlichen Leistungen der Bauern nach der Grundentlastung nur ein Drittel der Lasten vor der Grundentlastung bildeten, und auch diese Leistungen hörten nach 20 Jahren auf. Zur Durchführung des Ganzen wurde für jedes Kronland eine Grundentlastungskommission eingesetzt; Präsident der steiermärkischen Landeskommission wurde Franz von Kalchberg, der verdiente Vorkämpfer der Bauernbefreiung in Steiermark.

Vergleicht man die Bestimmungen des Reichsgesetzes mit denen des steiermärkischen Landesgesetzentwurfes, so ergibt sich viel Übereinstimmendes, und Kalchberg konnte mit Recht sagen, daß „die Steiermark wesentlich dazu beigetragen hat, das Werk rasch und sicher zustande zu bringen“.<sup>40</sup> In einem Punkt freilich war das Reichsgesetz für die Bauern wesentlich günstiger als der Entwurf des steiermärkischen Landtages: die Entschädigung wurde ungleich niedriger angesetzt, indem die Bauern nur ein Drittel der festgelegten Entschädigungssumme zu zahlen brauchten, während der steirische Entwurf drei Fünftel dieser Summe für sie vorsah.

Das große Werk der Grundentlastung möge an einigen Zahlen verdeutlicht werden! Das gesamte Entschädigungskapital, das den ehemaligen Grundherrschaften bezahlt wurde, betrug 23.619.391 fl. 18 kr., davon erhielt allein Fürst Franz von Liechtenstein von seinen west- und oststeirischen Besitzungen 1.110.302 fl. 20 kr., fast die Hälfte davon aus seiner Herrschaft Deutschlandsberg. Unter den Höchstentschädigten befand sich auch der Landeshauptmann Graf Ignaz Attems, der aus seinen 15 untersteirischen Herrschaften ein Entschädigungskapital von 863.418 fl. 25 kr. erhielt. Unter den geistlichen Entschädigungsberechtigten stand das Stift Admont mit einem Entschädigungskapital von 689.187 fl. 15 kr. an der Spitze, während sich das Bistum Seckau mit 544.539 fl. 45 kr. zufrieden geben mußte.

Nur kurz sei darauf verwiesen, daß die Aufhebung der Patrimonialgerichtsbarkeit und der übrigen Herrschaftsrechte den Staat zwang, seinerseits Einrichtungen zu schaffen, die an Stelle der bisher bestandenen treten konnten. So wurde zur Aufrechterhaltung der Sicherheit auf dem Lande die Gendarmerie geschaffen, als unterste Verwaltungsbehörde wurden die Bezirksämter eingerichtet, doch wurde erst 1868 durch die Errichtung der Bezirksgerichte und die Umwandlung der Bezirksämter in Bezirkshauptmannschaften die Trennung der Verwaltung von der Rechtspflege endgültig auch in der untersten Instanz festgelegt. Auf dem Gebiete der Finanzverwaltung endlich wurden die Steuerämter errichtet.

Merkwürdigerweise war trotz der Beseitigung des Untertansverbandes und trotz der Grundentlastung noch ein Rest mittelalterlicher Bindung übrig geblieben: der Lehenverband, der auf einer beträchtlichen Anzahl

von Gütern bestehen blieb: im ganzen gab es 1849 in Steiermark noch rund 200 landesfürstliche und 60 ehemals salzburgische Lehen, die im Preßburger Frieden 1805 dem österreichischen Kaiserhaus zugesprochen worden waren. Dazu gehörten in der heutigen Steiermark die Herrschaften Hohenwang bei Mürzzuschlag, Gleichenberg, Freiberg bei Gleisdorf, Brunnsee bei Leibnitz und andere. Die Ablösung des Lehensverbandes (Allodialisierung) war zwar nach einem Hofdekret von 1831 möglich, doch betrug die Taxe 25% vom Werte des Lehensgutes — eine Summe, die keiner der Eigentümer aufbringen wollte. Es bedurfte erst des endgültigen Zusammenbruches der absolutistischen Herrschaft in Österreich, um auch diesen Rest des Mittelalters zu beseitigen; 1862 wurden die frei verkäuflichen und frei vererblichen bäuerlichen Lehen allodialisiert und 1867 wurde der letzte Rest des Lehensverbandes gegen eine Ablöse, die zwischen 2% und 25% schwankte, beseitigt.

Wie schon eingangs erwähnt, hatte die Revolution in der Steiermark keine besondere Note, es fehlte ihr nicht nur die Durchschlagskraft der Wiener Bewegung, sondern auch der Gehalt an eigenen Ideen. Dagegen ragte die Tätigkeit des steiermärkischen Landtages weit über die der anderen österreichischen Landtage (den niederösterreichischen ausgenommen) hinaus. Niemand aber wird zweifeln können, daß die großen Ideen, die damals ganz Mittel- und Westeuropa erfüllten, auch in der Steiermark Anhang und Anklang gefunden haben. Freilich, bleibend war in der Steiermark nicht mehr und nicht weniger als in den übrigen habsburgischen Ländern: die Beseitigung fast aller Reste des Mittelalters durch die Verstaatlichung der öffentlichen Gewalt auf dem Lande und die Grundentlastung. Daß diese Reformen durch eine Revolution erzwungen werden mußten, gibt dieser ihre ethische Rechtfertigung. Das sollte vor allem kein Bauer vergessen, aber er sollte auch nicht vergessen, daß es Studenten, Bürger und Arbeiter waren, die ihm die Freiheit und die Gleichstellung mit den übrigen Staatsbürgern erkämpften und daß es zumeist dem niederen Adel und dem Bürgertum entstammende österreichische Beamte waren, die die praktische Durchführung der Neuordnung ermöglichten.

#### Anmerkungen.

<sup>1</sup> So schon F. A. Gatti, Die Ereignisse des Jahres 1848 in Steiermark, Graz 1850 S. 3. S. M. Prem. Graz in den März- und Apriltagen 1848 (38. Jahresbericht des II. Staatsgymnasiums), Graz 1907, S. 3, und K. Kaser, Steiermark im Jahre 1848, Graz 1913, S. 6, pflichten ihm bei.

<sup>2</sup> H. v. Srbik, Metternich, II. Bd., München 1925, S. 239.

<sup>3</sup> Über Anastasius Grün vgl. die Einleitung von E. Castle zur Gesamtausgabe seiner Werke in Bongs Goldener Klassikerbibliothek.

- <sup>4</sup> P. Müller, Feldmarschall Fürst Windischgrätz, Wien 1934, S. 73.  
<sup>5</sup> K. Kaser, Der innerösterreichische Eisenhandel in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts (Forschungen zur Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte der Steiermark X, 3), Graz 1927, S. 18.  
<sup>6</sup> Kaser, Eisenhandel, S. 26.  
<sup>7</sup> V. Thiel, Geschichte der Papiererzeugung im Donauraum, Biberach 1940, S. 153 f.  
<sup>8</sup> J. Marx, Die Wirtschaftslage im deutschen Österreich vor Ausbruch der Revolution 1848 (VSWG. XXXI.), 1938, S. 262.  
<sup>9</sup> E. Fischer, Österreich 1848, Wien 1946, S. 41.  
<sup>10</sup> H. Pirchegger, Geschichte der Steiermark 1740—1919, Graz 1934, S. 333. Neben dem dort genannten Adler in Oberdorf wäre der Mayer im Steinkeller bei Öblarn zu nennen.  
<sup>11</sup> Srbik a. a. O. II., S. 240.  
<sup>12</sup> F. Ilwof, Der provisorische Landtag des Herzogtums Steiermark im Jahre 1848 (Forschungen IV, 2), Graz 1901, S. 10.  
<sup>13</sup> J. Freudenthaler, Alt-Leoben, Graz 1930, S. 242.  
<sup>14</sup> G. Aigner, Festschrift zur Stadterhebungsfeier in Liezen, Liezen 1947, S. II.  
<sup>15</sup> Ilwof, Landtag, S. 71. Die Spekulationssucht äußerte sich in häufigem Wechsel der Herrschaftsbesitzer.  
<sup>16</sup> F. Ilwof, Franz Freiherr von Kalchberg, Graz 1897, S. 38 ff.  
<sup>17</sup> E. P. im „Grenzboten“, nach Kaser, Steiermark, S. 12.  
<sup>18</sup> Gatti, a. a. O. S. 7.  
<sup>19</sup> Über ihn s. O. Meister, Zeitschrift des Historischen Vereins für Steiermark, 31. Bd., Jg. 1937, S. 124 ff.  
<sup>20</sup> Für das Folgende vgl. Ilwof, Landtag, und K. Hugelmann, Die österreichischen Landtage im Jahre 1848 (AÖG. 111/1), Wien 1929.  
<sup>21</sup> Gatti, a. a. O. S. 47, F. Hutter, Geschichte Schladmings... Graz 1906, S. 337, J. Wichner, Geschichte des Benediktiner-Stiftes Admont, IV., S. 411.  
<sup>22</sup> Freudenthaler a. a. O. S. 246 ff.  
<sup>23</sup> Gatti, S. 48, Wichner, S. 411 f., Kloepfer, Eibiswald, Graz 1933, S. 243, Aigner, S. II.  
<sup>24</sup> So auch F. v. Krones, Moritz von Kaiserfeld, Leipzig 1888, S. 88.  
<sup>25</sup> Gatti, a. a. O. S. 151.  
<sup>26</sup> H. Niebour, Die Abgeordneten Steiermarks der Frankfurter Nationalversammlung (Zeitschrift des Histor. Ver. f. Stmk. X., 1912, S. 247 ff.), W. Schüßler, Die nationale Politik der österreichischen Abgeordneten im Frankfurter Parlament (Abhandlung zur mittleren und neueren Geschichte 51), Berlin 1913.  
<sup>27</sup> Über ihn vgl. O. Meister in Zeitschrift des Historischen Vereins für Steiermark, 27. Bd., Jg. 1933, S. 152 ff.  
<sup>28</sup> Über die Bewegung an der Universität noch immer F. v. Krones, Geschichte der Karl-Franzens-Universität in Graz, Graz 1886, S. 162 ff. Über die nationalen Gegensätze bes. S. 539 f.  
<sup>29</sup> Vgl. Ilwof, Landtag, und Hugelmann a. a. O. sowie die gedruckten „Protokolle“.  
<sup>30</sup> Über ihn R. Rosegger in Mitteilungen des Historischen Vereins für Steiermark, Bd. II, und F. Ilwof in Mitteilungen, Bd. 14, Gedenkbuch.  
<sup>31</sup> Über ihn s. Anm. 16.  
<sup>32</sup> Über ihn s. Anm. 24.  
<sup>33</sup> Über ihn s. Anm. 19.  
<sup>34</sup> Über ihn s. F. Klabinus in „Blätter für Heimatkunde“, 14. Jg., 1936, S. 3 ff.  
<sup>35</sup> Über ihn s. Ilwof, Landtag, S. 40, Anm. 1.  
<sup>36</sup> Alle drei Vorlagen sind abgedruckt bei Hugelmann a. a. O. S. 482 ff.  
<sup>37</sup> K. Hugelmann, Das Projekt eines Kongresses der österreichischen Alpenländer im Herbst 1848 (Zeitschrift XIX., 1924, S. 140 ff.), O. Meister, Das Projekt... (Zeitschrift XXX., 1936, S. 27 ff.).  
<sup>38</sup> A. Posch, Die deutschkatholische Bewegung in Steiermark (Jahrbuch der Leogesellschaft 1928).  
<sup>39</sup> Siehe darüber: „Die Grundentlastung in Österreich“. Nach amtlichen Quellen dargestellt, Wien 1857. Die beste Zusammenfassung jetzt bei O. Stolz, Die Bauernbefreiung in Süddeutschland (VSWG. XXXIII.), 1940, S. 59 ff. Daneben noch immer H. Friedjung, Österreich von 1848 bis 1860, 1. Bd., 4. Aufl., Stuttgart 1918, S. 346 ff. Für Steiermark F. X. Hlubek, Ein treues Bild des Herzogtums Steiermark, Graz 1860, S. 110 ff., H. Pirchegger a. a. O. S. 410 ff.  
<sup>40</sup> Ilwof, Kalchberg, S. 61.